

# Rheinland-Pfalz



## Der Weg zur Überbrückungsbeihilfe

**Ohne die gesetzlichen  
Regelungen ab 2004!**

**4. Auflage**

Ministerium des Innern und für Sport

Informationen  
zur  
Überbrückungsbeihilfe nach dem  
Tarifvertrag vom 31. August 1971 zur  
sozialen Sicherung der Arbeitnehmer  
bei den Stationierungstreitkräften  
im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland  
(TV Soziale Sicherung)  
- T a S S -

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

## *Impressum*

Stand: Dezember 2003 – 4. Auflage

Herausgeber:

Ministerium des Innern und für Sport  
Rheinland-Pfalz  
55116 Mainz, Schillerplatz 3-5

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion  
Lohnstelle ausländische Streitkräfte (LAS)  
67657 Kaiserslautern, Europaallee 7

## Zielsetzung

1. Mit der vorliegenden Informationsbroschüre geben wir Ihnen Hinweise,
  - unter welchen Voraussetzungen Sie einen Anspruch auf Überbrückungsbeihilfe nach dem TaSS haben,
  - welche Formalitäten bei der Antragstellung zu beachten sind,
  - wie das Verfahren der Antragsbearbeitung abläuft,
  - welche Ansprechpartner Ihnen zu TaSS-Fragen weiterhelfen.
  
2. Aus dieser Informationsbroschüre können keinerlei Rechtsansprüche abgeleitet werden.

Rechtsgrundlage für die Gewährung der Leistungen sind ausschließlich die tariflichen Vorschriften.
  
3. Mit der 4. Auflage der Informationsbroschüre sind die arbeits- und tarifrechtlichen Regelungen in der zur Zeit gültigen Fassung berücksichtigt.

**Mainz, im Dezember 2003**

# Inhalt

1.	Allgemeine Informationen	Seite 6
2.	Welche Leistungen sehen die tariflichen Bestimmungen für die Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften vor?	Seite 7
3.	Unter welchen Voraussetzungen haben Sie Anspruch auf Überbrückungsbeihilfe?	Seite 8
4.	Zu welchen Anknüpfleistungen wird Überbrückungsbeihilfe gezahlt?	Seite 10
5.	Wann entfällt der Anspruch auf Überbrückungsbeihilfe?	Seite 11
6.	Wie lange wird Überbrückungsbeihilfe gezahlt?	Seite 12
7.	Welche sonstigen Einkünfte werden auf die Überbrückungsbeihilfe angerechnet?	Seite 13
8.	Antragsverfahren	Seite 14
9.	Welche weiteren Unterlagen sind einzureichen bei <ul style="list-style-type: none"> <li>• neuer Beschäftigung?</li> <li>• Arbeitslosigkeit?</li> <li>• Bezug von Krankengeld, Verletztengeld, Übergangsgeld?</li> </ul>	Seite 15
10.	Überbrückungsbeihilfe im Falle eines Kündigungsverfahrens?	Seite 18
11.	Steuerliche Auswirkungen	Seite 19
12.	Ihr Ansprechpartner	Seite 20
	<b><u>Anhang:</u></b> Mustervordrucke	Seite 21
	Merkblatt zur Überbrückungsbeihilfe	Seite 27
	Abkürzungen	Seite 32
	Tarifvertrag Soziale Sicherung (TaSS)	Seite 33

## 1. Allgemeine Informationen

- Die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess ist die vordringliche Aufgabe des Tarifvertrages zur sozialen Sicherung der Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vom 31. August 1971 (TaSS). Soweit eine Wiedereingliederung nicht möglich ist, sieht dieser Tarifvertrag für langjährige Beschäftigte die Zahlung von Überbrückungsbeihilfe zu anderweitigem Arbeitsentgelt oder zu Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit vor.
- Sie müssen sich bereits frühzeitig, das heißt unmittelbar nach der Kündigung, persönlich bei Ihrem zuständigen Arbeitsamt melden. Die Verpflichtung zur frühzeitigen Vorsprache besteht unverzüglich (ohne schuldhaftes Zögern) nach Kenntnis des Beendigungszeitpunktes.

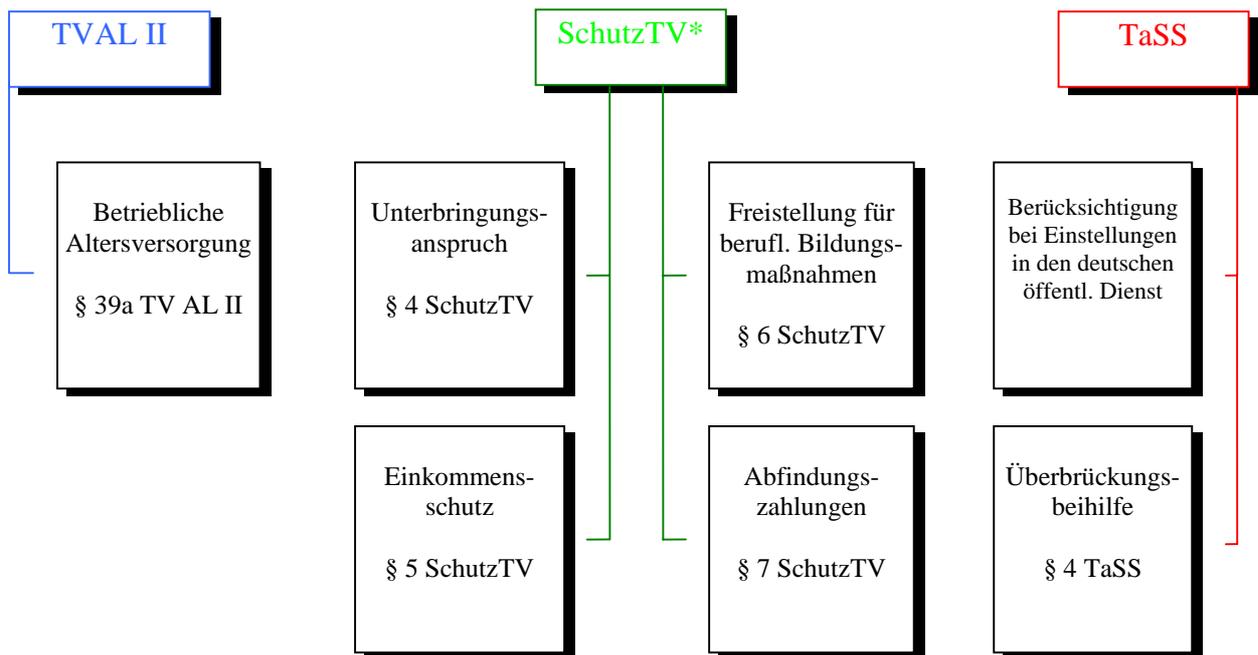
Darüber hinaus sind Sie verpflichtet, sich unverzüglich nach Abschluss eines Aufhebungsvertrages persönlich beim Arbeitsamt arbeitssuchend zu melden.

- Für die Berechnung und Auszahlung der Überbrückungsbeihilfe nach dem TaSS ist die LAS Kaiserslautern zuständig.
- Die Überbrückungsbeihilfe kann erst berechnet werden, wenn Sie Ihre Einkünfte des ersten vollständigen Kalendermonats nach der Beendigung Ihres Arbeitsverhältnisses mit den Streitkräften nachgewiesen haben. Die Überweisung der Überbrückungsbeihilfe wird zum Ende des jeweiligen Monats veranlasst.
- Bitte achten Sie im eigenen Interesse darauf, dass Ihre Unterlagen vollständig, richtig ausgefüllt und rechtzeitig bei der LAS Kaiserslautern vorgelegt werden.
- Überbrückungsbeihilfe, die aufgrund von vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtigen, unvollständigen oder unterlassenen Angaben gezahlt wurde, ist in voller Höhe zurückzuzahlen.

Aufgrund des § 263 Strafgesetzbuch (StGB) können Sie in diesen Fällen wegen Betrugs strafrechtlich belangt werden.

## 2. Welche Leistungen sehen die tariflichen Bestimmungen für die Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften vor?

Die nachstehende Übersicht stellt dar, welche Leistungen die vom Personalabbau betroffenen Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften in der Bundesrepublik Deutschland nach den tariflichen Vereinbarungen in Anspruch nehmen können.



\*Für weitere Auskünfte zum SchutzTV steht Ihnen Ihre zuständige Personal dienststelle der Stationierungsstreitkräfte zur Verfügung.

Die Ausführungen auf den folgenden Seiten erläutern ausschließlich die Thematik zur Überbrückungsbeihilfe.

### 3. Unter welchen Voraussetzungen haben Sie Anspruch auf Überbrückungsbeihilfe?

Wenn die folgenden sachlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind, haben Sie Anspruch auf Überbrückungsbeihilfe:

#### Sachliche Voraussetzungen

Es muss **eine Entlassung** wegen Personaleinschränkung

- infolge Verringerung der Truppenstärke (§ 2 Ziffer 1a TaSS)

**o d e r**

- infolge einer aus militärischen Gründen von der obersten Dienstbehörde angeordneten Auflösung von Dienststellen oder Einheiten oder deren Verlegung außerhalb des Einzugsbereichs des bisherigen ständigen Beschäftigungsortes (§ 2 Ziffer 1b TaSS)

**u n d**

- die vom Bundesministerium der Finanzen festgestellt wurde,

vorliegen.



Ein Aufhebungsvertrag kann unter bestimmten Voraussetzungen außertariflich einer Entlassung wegen Personaleinschränkung gleichgestellt werden. Vor Vertragsabschluss sollten Sie sich mit der LAS Kaiserslautern in Verbindung setzen.



Zum Zeitpunkt der Entlassung müssen Sie

- mindestens 1 Jahr vollbeschäftigt – das bedeutet mindestens 18 Stunden regelmäßige Arbeitszeit pro Woche – (§ 2 Ziffer 2a TaSS) sein

**u n d**

- mindestens 10 anrechenbare Beschäftigungsjahre (§ 2 Ziffer 2b und § 4 Ziffer 5 TaSS) nachweisen

**u n d**

- mindestens das 40. Lebensjahr vollendet (§ 2 Ziffer 2b TaSS) haben

**u n d**

- in den letzten 5 Jahren Ihren Wohnsitz im Geltungsbereich des TV AL II (§ 2 Ziffer 2c TaSS) gehabt haben – bei Grenzgängern aus EU-Ländern gelten Sonderregelungen –

**u n d**

- dürfen noch keinen Anspruch auf Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung (§ 2 Ziffer 2d TaSS) haben

**u n d**

- dürfen keine anderweitige zumutbare Beschäftigung abgelehnt haben (§ 2 Ziffer 3 TaSS)



Die Überbrückungsbeihilfe kann nur gezahlt werden, wenn Sie eine sogenannte Anknüpfleistung nachweisen.

#### 4. Zu welchen Anknüpfleistungen wird Überbrückungsbeihilfe gezahlt?

Die Überbrückungsbeihilfe wird nur dann gewährt, wenn Ihnen bestimmte Einkünfte zufließen.

Im einzelnen werden die folgenden Anknüpfleistungen anerkannt:



Arbeitsentgelt aus  
anderweitiger Beschäftigung  
z.B. Lohn/Gehalt von Ihrem  
neuen Arbeitgeber  
§ 4 Ziffer 1a TaSS



Leistungen des Arbeitsamtes  
z. B. Arbeitslosengeld  
§ 4 Ziffer 1b TaSS



Verletztengeld der  
gesetzlichen  
Unfallversicherung  
§ 4 Ziffer 1c TaSS



Krankengeld der gesetzlichen  
Krankenversicherung  
Mutterschaftsgeld  
§ 4 Ziffer 1c TaSS



Sofern Sie Zweifel haben, ob Ihre Einkünfte als Anknüpfleistungen anerkannt werden, sollten Sie sich an die LAS Kaiserslautern wenden.

## 5. Wann entfällt der Anspruch auf Überbrückungsbeihilfe?

Der Anspruch auf Überbrückungsbeihilfe **entfällt**, wenn Sie

- aus einem nach der Entlassung eingegangenen Arbeitsverhältnis fristlos entlassen werden

**o d e r**

- Rente wegen voller Erwerbsminderung erhalten

**o d e r**

- bei rechtzeitiger Antragstellung eine Altersrente (auch wenn diese gemindert ist) aus der gesetzlichen Rentenversicherung vor Vollendung des 65. Lebensjahres beziehen könnten

**o d e r**

- das 65. Lebensjahr vollendet haben.



**Altersrente** aus der gesetzlichen Rentenversicherung können Frauen, Arbeitslose und Schwerbehinderte in der Regel schon ab Vollendung des 60. Lebensjahres, andere Versicherte mit Vollendung des 63. Lebensjahres beziehen.

**Sind die Voraussetzungen zum Bezug oder der vorzeitigen Inanspruchnahme einer Altersrente erfüllt, so endet der Anspruch auf Überbrückungsbeihilfe auch dann, wenn die Rente tatsächlich nicht bezogen wird. Leistungen aus einer befreienden Lebensversicherung stehen einer Altersrente gleich.**

## 6. Wie lange wird Überbrückungsbeihilfe gezahlt?

Der Anspruchszeitraum für die Zahlung der Überbrückungsbeihilfe richtet sich nach der Zahl der anrechenbaren Beschäftigungsjahre bei den Stationierungstreitkräften und nach den Lebensjahren, die Sie im Zeitpunkt der Entlassung vollendet haben; der Anspruchszeitraum beginnt mit dem Tage nach der Entlassung; er endet spätestens mit dem Wegfall des Anspruchs.

Bei einer nachzuweisenden Beschäftigungszeit von mindestens	und einem vollendeten Lebensalter von	erhalten Sie eine Überbrückungsbeihilfe bis zum Ablauf von
10 Jahre	40 Jahre	2 Jahren
10 Jahre	45 Jahre	3 Jahren
10 Jahre	50 Jahre	4 Jahren
15 Jahre	40 Jahre	3 Jahren
15 Jahre	45 Jahre	4 Jahren
15 Jahre	50 Jahre	5 Jahren
20 Jahre	55 Jahre	höchstens bis zur Vollendung des
25 Jahre	50 Jahre	65. Lebensjahres



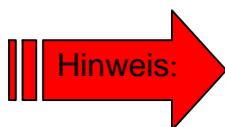
Wann der Anspruch auf Überbrückungsbeihilfe entfällt, bitte ich den Ausführungen unter Nr. 5 zu entnehmen.

## 7. Welche sonstigen Einkünfte werden auf die Überbrückungsbeihilfe angerechnet?

Erhalten Sie neben den Anknüpfleistungen sonstige Einkünfte, so sind diese auf die Überbrückungsbeihilfe anzurechnen:

Hierunter fallen insbesondere die folgenden Einkünfte:

- Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und andere laufende und einmalige Zahlungen aus einem Arbeitsverhältnis, soweit noch nicht bei dem monatlichen Arbeitsentgelt berücksichtigt,
- Urlaubsbarabgeltung und Abfindung aus Anlass der Beendigung eines anderen Beschäftigungsverhältnisses,
- Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung,
- Berufsunfähigkeitsrente,
- Rente aus der gesetzlichen Unfallversicherung,
- Witwen-/Witwerrente (nach deutschem und ausländischem Recht),
- Versorgungsbezüge (z. B. Pensionen nach deutschem und ausländischem Recht),
- Leistungen aus nichtselbständiger, nebenberuflicher oder ehrenamtlicher Tätigkeit.



Diese Leistungen sind auch dann anzurechnen, wenn der Anspruch nur deshalb gemindert oder untergegangen ist, weil Sie es versäumt haben, einen erforderlichen Antrag zu stellen.

## 8. Antragsverfahren

Ihren Antrag auf Gewährung einer Überbrückungsbeihilfe (Original) stellen Sie bitte bei der LAS Kaiserslautern sofort nach Beendigung Ihrer bisherigen Tätigkeit bei den Stationierungsstreitkräften, **spätestens jedoch bis zum Ablauf von 3 Monaten** nach Ihrem Entlassungsdatum.

### Antrag auf Überbrückungsbeihilfe

Ihr Antrag ist bei der LAS Kaiserslautern mit den entsprechenden Formularen oder formlos zu stellen.

Fügen Sie Ihrem Antrag die von Ihrer Dienststelle ausgestellte **Original-Entlassungsbescheinigung** und gegebenenfalls den **Aufhebungsvertrag** (Kopie) bei.



Prüfen Sie die Entlassungsbescheinigung auf Vollständigkeit und Richtigkeit.

### Eingangsbestätigung

Nach Eingang Ihres Antrages bei der LAS Kaiserslautern erhalten Sie eine Eingangsbestätigung mit einer Bearbeitungsnummer. Diese Bearbeitungsnummer geben Sie bitte bei mündlichen oder schriftlichen Rückfragen immer an.

Sollten Sie drei Wochen nach Absenden Ihres Antrages noch keine Eingangsbestätigung erhalten haben, so fragen Sie bitte bei der LAS Kaiserslautern nach.

## 9. Welche weiteren Unterlagen sind einzureichen?

Je nachdem zu welcher Anknüpfleistung Überbrückungsbeihilfe beantragt wird, werden unterschiedliche Angaben zur Ermittlung der Leistungen benötigt.

### Überbrückungsbeihilfe zu einem **Arbeitsentgelt aus einer neuen Beschäftigung**

- **Arbeitsvertrag** (Kopie)  
Dieser muss Angaben über den Beginn der Beschäftigung, die ausgeübte Tätigkeit, die wöchentliche/monatliche Arbeitszeit sowie die Höhe Ihrer Vergütung enthalten.
- **Lohnsteuerkarte** (Original)  
Eine zusätzliche Lohnsteuerkarte ist notwendig, da die Überbrückungsbeihilfe **grundsätzlich steuerpflichtig** ist. Es bleibt Ihnen überlassen, welche Steuerkarte Sie der LAS Kaiserslautern und welche Sie Ihrem neuen Arbeitgeber vorlegen.
- Vordruck „**Einkommensnachweis und Veränderungsanzeige**“ (Original) **(siehe Muster 3)**  
Diesen Vordruck sollten Sie **unverzüglich monatlich** für Leistungen des Vormonats einreichen.

Vordrucke werden Ihnen mit der monatlichen Abrechnung der Überbrückungsbeihilfe von der LAS Kaiserslautern zugesandt.

- **Lohn- oder Gehaltsbescheinigung** (Kopie)  
Die vorzulegende Lohn- oder Gehaltsbescheinigung muss Ihren Bruttoverdienst, die gesetzlichen Abzüge und den Nettoverdienst enthalten.

Sollte bei **gleichbleibenden monatlichen Bezügen** keine Lohn- oder Gehaltsabrechnung erstellt werden, genügt die Vorlage einer Kopie des Kontoauszuges mit der Überweisung für den entsprechenden Abrechnungszeitraum.

## Überbrückungsbeihilfe zu **Leistungen des Arbeitsamtes**

- **Bewilligungsbescheid des Arbeitsamtes** (Kopie)  
Der Bewilligungsbescheid, sowie alle Änderungs- oder Aufhebungsbescheide des Arbeitsamtes (Kopie) sind der LAS Kaiserslautern sofort vorzulegen.
- **Zahlungseingänge des Arbeitsamtes** (Kopien)  
Als Nachweis der eingegangenen Leistungen des Arbeitsamtes legen Sie bitte der LAS Kaiserslautern eine Kopie Ihres **Kontoauszuges** oder eines Ihnen ausgehändigten **Schecks** vor.



Beachten Sie, dass die Arbeitsämter über Schecks keine weiteren Bestätigungen erteilen.

- **Lohnsteuerkarte** (Original)  
Eine Lohnsteuerkarte ist notwendig, da die Überbrückungsbeihilfe **grundsätzlich steuerpflichtig** ist.
- Vordruck „**Einkommensnachweis und Veränderungsanzeige**“ (Original) (siehe Muster 3)  
Diesen Vordruck sollten Sie **unverzüglich monatlich** für Leistungen des Vormonats einreichen.

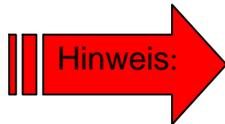
Vordrucke werden Ihnen mit der monatlichen Abrechnung der Überbrückungsbeihilfe von der LAS Kaiserslautern zugesandt.

## Überbrückungsbeihilfe zu **Krankengeld, Verletztengeld oder Übergangsgeld**

- **Bescheinigung über die Höhe des täglichen Krankengeldes (Krankenkasse), Verletztengeldes oder Übergangsgeldes (BfA) (Kopie)**  
Die Bescheinigung muss die Bruttoleistung (mit Beiträgen zur Renten- und Arbeitslosenversicherung) und die Nettoleistung enthalten.
  - **Zahlungseingänge (Kopien)**  
Als Nachweis der eingegangenen Leistungen legen Sie bitte der LAS Kaiserslautern eine Kopie Ihres Kontoauszuges vor.
  - **Vordruck „Einkommensnachweis und Veränderungsanzeige“ (Original) (siehe Muster 3)**  
Diesen Vordruck sollten Sie **unverzüglich monatlich** für Leistungen des Vormonats einreichen.
- Vordrucke werden Ihnen mit der monatlichen Abrechnung der Überbrückungsbeihilfe von der LAS Kaiserslautern zugesandt.
- **Lohnsteuerkarte (Original)**  
Eine Lohnsteuerkarte ist notwendig, da die Überbrückungsbeihilfe **grundsätzlich steuerpflichtig** ist.

## 10. Überbrückungsbeihilfe im Falle eines Kündigungsschutzverfahrens?

Um Nachteile für Sie zu vermeiden, empfehlen wir Ihnen, den Antrag in jedem Fall **innerhalb von drei Monaten** nach Rechtskraft des Urteils bzw. nach Abschluss des Vergleichs (§ 8 Ziffer 1a TaSS) bei der LAS Kaiserslautern einzureichen.



Ihren Antrag auf Überbrückungsbeihilfe (siehe Muster 2) können Sie direkt nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses bei den Stationierungsstreitkräften der LAS Kaiserslautern zuleiten. Er kann jedoch erst dann bearbeitet werden, wenn durch rechtskräftiges Urteil oder durch gerichtlichen oder außergerichtlichen Vergleich festgestellt worden ist, dass das Arbeitsverhältnis wegen Personaleinschränkung (§ 2 Ziffer 1 TaSS) aufgelöst worden ist.

## 11. Steuerliche Auswirkungen



Steuerlicher Nachteil

Wenn Sie Überbrückungsbeihilfe zu Anknüpfleistungen des Arbeitsamtes oder der Krankenkasse erhalten, haben Sie bei der Veranlagung zur Einkommensteuer durch Ihr zuständiges Finanzamt **möglicherweise einen steuerlichen Nachteil**.

Um diesen Nachteil auszugleichen, wird Ihre Überbrückungsbeihilfe von der LAS Kaiserslautern **grundsätzlich auf Antrag und Vorlage** des Bescheides über Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer neu berechnet.

Damit Ihr Anspruch nicht verfällt, ist Ihr Antrag **innerhalb von drei Monaten** nach Zustellung des Bescheides bei der LAS Kaiserslautern einzureichen.



Überzahlung

Die Aufstockung der Überbrückungsbeihilfe um den erforderlichen Lohnsteuerbetrag kann allerdings auch im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung zu einer **Überzahlung** führen.

Auch in diesem Falle wird Ihre Überbrückungsbeihilfe neu berechnet. Zuviel gezahlte Aufstockungsbeträge werden mit laufenden Zahlungen verrechnet oder zurückgefordert.

Damit die Überbrückungsbeihilfe endgültig berechnet und festgestellt werden kann, ob und in welcher Höhe eine Überzahlung vorliegt, sind Sie verpflichtet, Ihren Bescheid über Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer **innerhalb von drei Monaten** nach Zustellung der LAS Kaiserslautern vorzulegen.

## 12. Ihr Ansprechpartner

Sofern Ihre Dienststelle vom Personalabbau betroffen ist, wird die LAS Kaiserslautern in Ihrer Dienststelle in Absprache mit der örtlichen Dienststellenleitung Informationsveranstaltungen zu Fragen des TaSS durchführen.

Eine individuelle Beratung bietet Ihnen das TaSS-Team bei der LAS Kaiserslautern.

Anschrift	Zuständig für TaSS-Anträge der
<p>Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Europaallee 7 67657 Kaiserslautern</p> <p>Telefon: 0631/842-0 Telefax: 0631/842-17190 Mail: <a href="mailto:avkl@avl.rlp.de">avkl@avl.rlp.de</a> http: <a href="http://www.verteidigungslastenverwaltung.de">www.verteidigungslastenverwaltung.de</a> http: <a href="http://www.avl.rlp.de">www.avl.rlp.de</a></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zivilbeschäftigten bei den amerikanischen Stationierungstreitkräften</li> <li>- Zivilbeschäftigten bei den französischen Stationierungstreitkräften</li> </ul>

# MUSTER 1

Dienststelle der Streikräfte

## Entlassungsbescheinigung

für Entlassungen gemäss  
§ 2 Ziffer 1 TV Soziale Sicherung

Zutreffendes bitte ankreuzen [x] und ausfüllen

Name, Vorname		
ggf.: Geburtsname	Geburtsdatum	
Straße, Hausnummer	PLZ	Wohnort
letzte Beschäftigungsdienststelle	letzter Beschäftigungsort	
letzte Tätigkeit als	Entlassungsdatum	
Der Arbeitnehmer ist entlassen worden wegen Personaleinschränkungen		
<input type="checkbox"/>	infolge einer Verringerung der Truppenstärke	
<input type="checkbox"/>	infolge Auflösung der Dienststelle	zum <input type="text" value="(Datum der Auflösung)"/>
<input type="checkbox"/>	infolge Verlegung der Dienststelle	zum <input type="text" value="(Datum der Verlegung)"/>
<input type="checkbox"/>	nach <input type="text" value="(neuer Standort)"/>	zum <input type="text" value="(Datum der Auflösung)"/>
<input type="checkbox"/>	im ursächlichen Zusammenhang mit der	zum <input type="text" value="(Datum der Verlegung)"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="text" value="Auflösung folgender Dienststelle"/>	zum <input type="text" value="(Datum der Auflösung)"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="text" value="Verlegung folgender Dienststelle"/>	zum <input type="text" value="(Datum der Verlegung)"/>
	nach <input type="text" value="(neuer Standort)"/>	
Auf das Beschäftigungsverhältnis waren die Bestimmungen des		
<input type="checkbox"/>	TV AL II	<input type="checkbox"/>
		TV AL II (Frz)
kraft Geltungsbereichs anzuwenden.		

Der Arbeitnehmer erhielt für die von ihm zuletzt ausgeübte Tätigkeit Vergütung nach

<input type="checkbox"/>	Gewerbegruppe	Lohngruppe	<input type="checkbox"/>	Gehaltsgruppe	Gehaltsstufe	TV AL II TV AL II (Frz)
--------------------------	---------------	------------	--------------------------	---------------	--------------	----------------------------

bei einer regelmäßigen Arbeitszeit von  Stunden

---

Der Arbeitnehmer hatte am Tage der Entlassung folgende anrechenbare Beschäftigungszeiten zurückgelegt:

	Jahre	Monate
<input type="checkbox"/> nach § 8 TV AL II / TV AL II (Frz) <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 5px;"> <span style="border: 1px solid black; padding: 2px 5px;">vom</span> <span style="border: 1px solid black; padding: 2px 5px;">bis</span> </div>	=	
<input type="checkbox"/> nach § 8 TV B II <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 5px;"> <span style="border: 1px solid black; padding: 2px 5px;">vom</span> <span style="border: 1px solid black; padding: 2px 5px;">bis</span> </div>	=	
<input type="checkbox"/> außertariflich anerkannte Zeiten, die im Rahmen der Nr. 2.2.3 der Erläuterungen und Verfahrensrichtlinien zum TV Soziale Sicherung anerkannt werden können <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 5px;"> <span style="border: 1px solid black; padding: 2px 5px;">vom</span> <span style="border: 1px solid black; padding: 2px 5px;">bis</span> </div> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; margin-top: 5px; width: 80%;">Grund</div>	=	
<input type="checkbox"/> Zeiten, die darüber hinaus kraft Gesetzes der Betriebszugehörigkeit gelten <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 5px;"> <span style="border: 1px solid black; padding: 2px 5px;">vom</span> <span style="border: 1px solid black; padding: 2px 5px;">bis</span> </div> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; margin-top: 5px; width: 80%;">Grund</div>	=	
<b>Anrechenbare Beschäftigungszeiten i.S. des TV Soziale Sicherung danach insgesamt</b>		

Der Arbeitnehmer ist Schwerbehinderter im Sinne des Schwerbehindertengesetzes  
 Grad der Erwerbsminderung  %

Ort \_\_\_\_\_ Datum \_\_\_\_\_ (Stempel) Unterschrift \_\_\_\_\_

## Antrag auf Überbrückungsbeihilfe nach dem TV Soziale Sicherung

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Postfach 3280  67620 Kaiserslautern		Eingangsstempel
Für Vermerke der LAS Kaiserslautern		
Name, Vorname		
ggf. Geburtsname	Geburtsdatum	
Straße, Hausnummer	PLZ, Wohnort	
<b>Bankverbindung</b> Kontonummer	Kreditinstitut	Bankleitzahl
1. Die dem Antrag zugrunde liegende Entlassungsbescheinigung <input type="checkbox"/> ist beigefügt <input type="checkbox"/> liegt bereits vor <input type="checkbox"/> folgt		<b>Ab hier nach persönlichen Verhältnissen</b>
2. Ich war zum Zeitpunkt der Entlassung bei den Stationierungsstreitkräften - seit mindestens einem Jahr vollbeschäftigt - mindestens 10 Jahre bei den Stationierungsstreitkräften tätig - mindestens 40 Jahre alt		
3. In den letzten 5 Jahren vor meiner Entlassung hatte ich meinen ständigen Wohnsitz im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.  wenn ja		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
vom	bis	in
vom	bis	in
vom	bis	in
4. Ich erfülle die Voraussetzungen der gesetzlichen Rentenversicherung zum Bezug von Altersrente (auch vorzeitige Altersrente).		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein



## Einkommensnachweis und Veränderungsanzeige zur Berechnung der Überbrückungsbeihilfe nach dem TV Soziale Sicherung

für den Monat \_\_\_\_\_

Jahr \_\_\_\_\_

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Postfach 32 80  67620 Kaiserslautern					Eingangsstempel		
<b>Für Vermerke der LAS Kaiserslautern</b>							
<b>LA</b>	<b>Wert</b>	<b>S</b>	<b>Vermerke</b>	<b>LA</b>	<b>Wert</b>	<b>S</b>	<b>Vermerke</b>
Rechnerisch/sachlich richtig				Freigabekontrolle			
Reg.-Ang. zFb				erledigt am			
Name, Vorname				Bearbeiternummer		Geburtsdatum	
Straße, Hausnummer				PLZ; Wohnort			<b>Ab hier nach persönlichen Verhältnissen</b>
1. Ich habe Arbeitsentgelt aus einem nach der Entlassung bei den Streitkräften eingegangenen neuen Beschäftigungsverhältnis erhalten <b>Bitte Lohn-/Gehaltsabrechnung beifügen</b>						<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
2. Ich habe folgende Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitsamt) erhalten: - Arbeitslosengeld - Unterhaltsgeld - Arbeitslosenhilfe - Sonstige Leistungen aufgrund des beigefügten oder bereits vorliegenden Leistungsbescheides des Arbeitsamtes <b>Bitte Zahlungsbeleg beifügen</b>						<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
- Arbeitslosengeld						<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
- Unterhaltsgeld						<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
- Arbeitslosenhilfe						<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
- Sonstige Leistungen						<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
3. Ich habe folgende Leistungen anderer Leistungsträger (z.B. Krankenkasse, Unfallversicherung, Rentenversicherung) erhalten: - Krankengeld aus der gesetzlichen Krankenversicherung - Verletztengeld aus der gesetzlichen Unfallversicherung - Übergangsgeld aus der gesetzlichen Unfallversicherung - Übergangsgeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung - Sonstige Leistungen aufgrund des beigefügten oder bereits vorliegenden Leistungsbescheides <b>Bitte Zahlungsbelege beifügen</b>						<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
- Krankengeld aus der gesetzlichen Krankenversicherung						<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
- Verletztengeld aus der gesetzlichen Unfallversicherung						<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
- Übergangsgeld aus der gesetzlichen Unfallversicherung						<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
- Übergangsgeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung						<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
- Sonstige Leistungen						<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

<p>4. Ich habe sonstige Einkommen erhalten, zu beanspruchen oder beantragt</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Nachzahlungen oder sonstige Leistungen aus einem nach der Entlassung bei den Streitkräften eingegangenen neuen Beschäftigungsverhältnis</li> <li>- Berufsunfähigkeitsrente/Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung</li> <li>- Witwen-/Witwerrente</li> <li>- Unfallrente</li> <li>- Verletztenrente</li> <li>- andere Leistungen aus öffentlichen Mitteln, wie Versorgungsbezüge, auch solche nach ausländischem Recht (z.B. Militärrente)</li> <li>- aus einem weiteren Beschäftigungsverhältnis</li> <li>- aus nichtselbständiger, nebenberuflicher oder ehrenamtlicher Tätigkeit (auch z.B. aus geringfügiger oder gering entlohnter Beschäftigung, Aufwandsentschädigung)</li> </ul> <p><b>Bitte Zahlungsbelege beifügen</b></p>	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><input type="checkbox"/> ja</td> <td style="width: 50%;"><input type="checkbox"/> nein</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> ja</td> <td><input type="checkbox"/> nein</td> </tr> </table>	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein												
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein														
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein														
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein														
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein														
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein														
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein														
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein														
<p>5. Folgende Änderungen meiner bisherigen Verhältnisse sind eingetreten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ich habe Erwerbsunfähigkeitsrente/Rente wegen voller Erwerbsminderung beantragt</li> <li>- Mir ist Rente wegen Erwerbsunfähigkeit/voller Erwerbsminderung bewilligt worden.</li> </ul> <p><b>Bitte Bescheid beifügen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ich erfülle die Voraussetzungen der gesetzlichen Rentenversicherung zum Bezug von Altersrente (auch vorzeitige Altersrente)</li> <li>- Ich bin aus einem nach der Entlassung durch die Streitkräfte eingegangenen Beschäftigungsverhältnis fristlos entlassen worden</li> <li>- Ich bin schwerbehindert im Sinne des SGB IX</li> </ul>	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><input type="checkbox"/> ja</td> <td style="width: 50%;"><input type="checkbox"/> nein</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> ja</td> <td><input type="checkbox"/> nein</td> </tr> </table>	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein												
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein														
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein														
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein														
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein														
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein														
<p>Ich habe die Zusatzversicherung nach § 39 TV AL II / TV AL II (Frz) (Gruppenversicherung) beitragspflichtig fortgesetzt</p> <p><b>Bitte Zahlungsbeleg beifügen</b></p>	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><input type="checkbox"/> ja</td> <td style="width: 50%;"><input type="checkbox"/> nein</td> </tr> </table>	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein												
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein														

**Ich versichere, sämtliche vorstehenden Angaben wahrheitsgemäß und vollständig gemacht zu haben.**

Mir ist bekannt, dass Überbrückungsbeihilfe, die aufgrund vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtigen, unvollständigen oder unterlassenen Angaben gezahlt worden ist, in voller Höhe zurückzuerstatten ist. In diesem Fall bleibt eine strafrechtliche Verfolgung wegen Betruges nach § 263 StGB vorbehalten.

**Wichtiger Hinweis:**

**Sofern Sie Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitsamt) erhalten haben (z.B. Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld oder sonstige Leistungen), sind Sie verpflichtet, zur Feststellung Ihres endgültigen Überbrückungsbeihilfeanspruchs Ihren Einkommensteuerbescheid des betreffenden Jahres spätestens innerhalb von drei Monaten nach Zustellung des Bescheides durch Ihr Finanzamt der LAS Kaiserslautern einzureichen.**

Ort

Datum

Unterschrift

**Nur vollständig ausgefüllte Vordrucke können bearbeitet werden.  
Sollten Sie Fragen haben, wenden Sie sich bitte an die LAS Kaiserslautern.**

## Merkblatt

### zur Überbrückungsbeihilfe nach dem TV Soziale Sicherung

1. Die Überbrückungsbeihilfe soll langjährig beschäftigten Arbeitnehmern der Stationierungstreitkräfte, die ihren Arbeitsplatz infolge einer Verminderung der Truppenstärke oder infolge einer Auflösung oder Verlegung ihrer Dienststelle aus militärischen Gründen verlieren, die Wiedereingliederung in das Arbeitsleben erleichtern. Die Zahlung von Überbrückungsbeihilfe setzt voraus, dass der entlassene Arbeitnehmer seinerseits alles tut, um einen möglichst gleichwertigen Arbeitsplatz wieder zu erlangen.
2. Kann der Arbeitnehmer ein Arbeitsverhältnis außerhalb des Bereichs der Stationierungstreitkräfte eingehen, so wird ihm Überbrückungsbeihilfe zum Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung gezahlt, soweit es niedriger ist, als die bei den Stationierungstreitkräften zuletzt bezogene Grundvergütung. Ist der Arbeitnehmer arbeitslos, dann erhält er Überbrückungsbeihilfe zu den Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit; ist er arbeitsunfähig, dann erhält er Überbrückungsbeihilfe zum Krankengeld, Verletztengeld oder zum Übergangsgeld.
3. Die Dauer der Zahlung der Überbrückungsbeihilfe richtet sich nach der anrechenbaren Beschäftigungszeit und nach dem Lebensalter des Arbeitnehmers (vgl. Nr. 8).

### Anspruchsvoraussetzungen

4. Der Arbeitnehmer muss entlassen worden sein als Folge
  - a) einer Verringerung der Truppenstärke **oder**
  - b) einer aus militärischen Gründen angeordneten Auflösung von Dienststellen oder Einheiten oder deren Verlegung. Diese Voraussetzung ist auch erfüllt, wenn der Arbeitsplatz infolge der aus militärischen Gründen angeordneten Auflösung oder Verlegung einer anderen Dienststelle weggefallen ist.

Unter bestimmten Voraussetzungen steht auch ein Auflösungsvertrag einer Entlassung gleich. Hat der Arbeitnehmer selbst gekündigt, stehen ihm keine Ansprüche zu.

5. Der Arbeitnehmer muss im Zeitpunkt der Entlassung

- a) seit mindestens einem Jahr eine wöchentliche regelmäßige Arbeitszeit von mindestens 18 Stunden gehabt haben;
  - b) mindestens 10 anrechenbare Beschäftigungsjahre erreicht haben;
  - c) seinen ständigen Wohnsitz in den letzten fünf Jahren im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gehabt haben; Ausnahmen gelten für Grenzgänger aus EU-Ländern.
6. Ein Anspruch auf Überbrückungsbeihilfe entsteht nicht, wenn dem Arbeitnehmer bis zum Tage der Entlassung ein anderweitiger zumutbarer Arbeitsplatz bei den Stationierungstreitkräften desselben Entsendestaates innerhalb des Bundesgebiets angeboten worden ist.
7. Der Anspruch entfällt, sobald
- a) der Arbeitnehmer aus einem nach der Entlassung eingegangenen Arbeitsverhältnis fristlos entlassen wird;
  - b) dem Arbeitnehmer Rente wegen Erwerbsunfähigkeit/Rente wegen voller Erwerbsminderung bewilligt wird;
  - c) der Arbeitnehmer bei rechtzeitiger Antragstellung eine Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen könnte. Das gilt auch dann, wenn bei vorzeitiger Inanspruchnahme (vor Vollendung des 65. Lebensjahres oder eines für den Versicherten maßgebenden niedrigeren Rentenalters) nur eine geminderte Rente bezogen werden könnte. Sind die Voraussetzungen zum Bezug oder der vorzeitigen Inanspruchnahme einer Altersrente erfüllt, so endet der Anspruch auf Überbrückungsbeihilfe auch dann, wenn die Rente tatsächlich nicht bezogen wird. Leistungen aus einer befreienden Lebensversicherung stehen einer Altersrente gleich.
  - d) Der Arbeitnehmer das 65. Lebensjahr vollendet hat.

## **Dauer und Höhe der Zahlung**

8. Der Anspruchszeitraum für die Zahlung der Überbrückungsbeihilfe richtet sich nach der Zahl der anrechenbaren Beschäftigungsjahre bei den Stationierungstreitkräften und nach den Lebensjahren, die der Arbeitnehmer im Zeitpunkt der Entlassung vollendet hat.

Anrechenbare Beschäftigungszeit (mindestens)	Lebensalter (mindestens)	Anspruchszeitraum	
		(Höchstdauer)	(früheres Ende)
10 Jahre	40 Jahre	bis zu 2 Jahren	
10 Jahre	45 Jahre	bis zu 3 Jahren	
10 Jahre	50 Jahre	bis zu 4 Jahren	Der Anspruchs- zeitraum
15 Jahre	40 Jahre	bis zu 3 Jahren	<b>endet spätestens</b> mit dem Wegfall des Anspruchs nach Nr. 7.
15 Jahre	45 Jahre	bis zu 4 Jahren	
15 Jahre	50 Jahre	bis zu 5 Jahren	
20 Jahre	55 Jahre	bis zur Vollendung des	
25 Jahre	50 Jahre	65 Lebensjahres	

9. Die Überbrückungsbeihilfe wird nur dann und nur solange gezahlt, wie dem Entlassenen Einkünfte der nachstehenden Art zufließen:
- Arbeitsentgelt aus einem Beschäftigungsverhältnis außerhalb des Bereichs der Stationierungsstreitkräfte; dieses Beschäftigungsverhältnis muss bestimmte Mindestvoraussetzungen erfüllen;
  - Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit aus Anlass von Arbeitslosigkeit oder beruflichen Bildungsmaßnahmen (z. B. Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld);
  - Krankengeld der gesetzlichen Krankenversicherung;
  - Verletztengeld oder Übergangsgeld der gesetzlichen Unfallversicherung.
10. Für Zeiten der Arbeitslosigkeit, in denen der Arbeitnehmer Arbeitslosenhilfe nur deswegen nicht erhält, weil er nicht bedürftig ist, wird die zuvor zum Arbeitslosengeld gezahlte Überbrückungsbeihilfe bis zur Dauer von insgesamt 52 Wochen – jedoch längstens bis zum Ablauf des Anspruchszeitraums – weiter gezahlt.
11. Für Zeiten der Arbeitsunfähigkeit infolge Erkrankung oder Arbeitsunfalls wird die Überbrückungsbeihilfe zum Krankengeld oder Verletztengeld innerhalb eines Kalenderjahres nur bis zu insgesamt 12 Wochen gezahlt, längstens jedoch bis zum Ablauf des Anspruchszeitraums.

12. Die Bemessungsgrundlage für die Überbrückungsbeihilfe ist die tarifvertragliche Grundvergütung nach § 16 Ziffer 1a TV AL II, die dem Arbeitnehmer aufgrund seiner regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit im Zeitpunkt der Entlassung für einen vollen Kalendermonat zustand. Für die Berechnung der Überbrückungsbeihilfe zu den Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, zum Kranken-, Verletzten- oder Übergangsgeld wird die Bemessungsgrundlage um die gesetzlichen Lohnabzüge vermindert.
13. Die Bemessungsgrundlage ist dynamisiert, d.h. sie wird in jedem der Entlassung folgenden Kalenderjahr um den Prozentsatz angepasst, um den sich die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung durch Gesetz ändern.
14. Die Überbrückungsbeihilfe beträgt im ersten Jahr nach der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses 100 Prozent, vom zweiten Jahr an 90 Prozent des Unterschiedsbetrages zwischen der Bemessungsgrundlage einerseits und dem Arbeitsentgelt aus anderweitiger Beschäftigung oder einer anderen Leistung im Sinne der Nr. 9 andererseits. Sind diese Leistungen (z. B. Krankengeld) um Beiträge zur Sozialversicherung gekürzt, so wird der ungekürzte Betrag der Leistung zugrunde gelegt.
15. Auf die Überbrückungsbeihilfe sind andere als die in Nr. 9 genannten Leistungen, auf die der Arbeitnehmer für Zeiten des Bezugs der Überbrückungsbeihilfe Anspruch hat, anzurechnen, insbesondere
  - a) Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und andere laufende oder einmalige Zahlungen aus einem Arbeitsverhältnis (soweit nicht schon als Arbeitsentgelt berücksichtigt);
  - b) Urlaubsabgeltungen und gegebenenfalls auch Abfindungen aus Anlass der Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses;
  - c) Berufsunfähigkeitsrente, Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung, Rente aus der gesetzlichen Unfallversicherung, Witwen-/Witwerrente;
  - d) Versorgungsbezüge, auch ausländische.

Diese und ähnliche Leistungen werden auch dann angerechnet, wenn der Anspruch nur deshalb gemindert oder untergegangen ist, weil der Berechtigte es versäumt hat, einen erforderlichen Antrag rechtzeitig zu stellen.

## Beitragszuschuss

16. Hat der entlassene Arbeitnehmer seine Versicherung aus der Gruppenversicherung beitragspflichtig fortgesetzt, so erhält er ab dem 2. Jahr nach der Entlassung auf Antrag einen Zuschuss zu den Versicherungsbeiträgen. Der Zuschuss wird nur gezahlt, wenn die Ablaufleistung in dem Kalenderjahr fällig wird, in dem der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet.

## Verfahren

17. Laufende Leistungen nach dem TV Soziale Sicherung und der nach Vorliegen des Einkommenssteuerbescheids gegebenenfalls zur Deckung der Jahreslohnsteuer aufgrund des Progressionsvorbehaltes noch erforderliche Aufstockungsbetrag (§ 4 Ziffer 4 Satz 2 TV Soziale Sicherung) werden **nur auf Antrag** gewährt. Der Antrag ist unverzüglich an die LAS Kaiserslautern zu richten; dort werden Antragsvordrucke bereit gehalten.
18. Der Arbeitnehmer ist verpflichtet,
- a) Unterlagen und Belege, die zur Feststellung und Berechnung der Leistungen erforderlich sind, der für die Zahlung zuständigen LAS Kaiserslautern innerhalb von drei Monaten einzureichen; Leistungen für Anspruchszeiten, für die die notwendigen Anträge, Nachweise und Unterlagen nicht innerhalb von drei Monaten eingereicht sind, verfallen;
  - b) anrechenbare Leistungen (Nr. 15), auf die der Arbeitnehmer Anspruch hat, rechtzeitig zu beantragen.
19. Überbrückungsbeihilfe und Beitragszuschüsse, die aufgrund von vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtigen, unvollständigen oder unterlassenen Angaben des Antragsberechtigten gezahlt worden sind, müssen in voller Höhe zurück gezahlt werden.

## Hinweis

20. Dieses Merkblatt dient nur der allgemeinen Unterrichtung des entlassenen Arbeitnehmers. Für die rechtliche Beurteilung seiner Ansprüche ist allein der Tarifvertrag vom 31. August 1971 (TV Soziale Sicherung) maßgebend.  
**Verbindliche Auskünfte kann nur die LAS Kaiserslautern erteilen.**

## Abkürzungen

<b>LAS</b>	Lohnstelle ausländische Streitkräfte
<b>ALG/ALH/UHG</b>	Arbeitslosengeld/Arbeitslosenhilfe/Unterhaltsgeld
<b>KG</b>	Krankengeld
<b>SchutzTV</b>	Tarifvertrag über Rationalisierungs-, Kündigungs- und Einkommensschutz
<b>SGB</b>	Sozialgesetzbuch I bis XI
<b>TaSS</b>	Tarifvertrag zur sozialen Sicherung der Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (TV Soziale Sicherung)
<b>TV AL II</b>	Tarifvertrag für die Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland

**Tarifvertrag**  
vom 31. August 1971

**zur sozialen Sicherung der Arbeitnehmer  
bei den Stationierungstreitkräften  
im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland**

**Die Bundesrepublik Deutschland  
vertreten durch den Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen  
– im Einvernehmen mit den obersten Behörden der  
Stationierungstreitkräfte –**

einerseits  
und

**die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr  
– Hauptvorstand –**

**die Industrie-Gewerkschaft Metall  
für die Bundesrepublik Deutschland  
– Vorstand –**

**die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten  
– Hauptverwaltung –**

**die Industrie-Gewerkschaft Druck und Papier  
– Hauptvorstand –**

**für Angestellte und Arbeiter  
sowie**

**die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft  
– Bundesvorstand –**

**für Angestellte**

andererseits  
haben folgenden Tarifvertrag vereinbart:

## § 1 Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt für Arbeitnehmer, die am Tage ihrer Entlassung unter den Geltungsbereich der Tarifverträge vom 16. Dezember 1966 TV AL II und TV AL II (Frz) fallen und die Anspruchsvoraussetzungen nach § 2 erfüllen. Soweit der Tarifvertrag auf Vorschriften des TV AL II oder des KSch TV vom 16. Dezember 1966 Bezug nimmt, ist von der bei Abschluss dieses Vertrages geltenden Fassung auszugehen, und zwar auch für die Arbeitnehmer, deren Arbeitsbedingungen nach TV AL II (Frz) geregelt sind.

### Protokollnotiz

Diejenigen Vorschriften des TV AL II und des KSch TV, auf die der Tarifvertrag Bezug nimmt, sind dem Vertrag in der bei seinem Inkrafttreten geltenden Fassung als Anlage beigelegt.

## § 2 Anspruchsvoraussetzungen

Anspruch auf Leistungen nach diesem Tarifvertrag haben Arbeitnehmer, die

1. wegen Personaleinschränkung
  - a) infolge einer Verringerung der Truppenstärke
  - b) infolge einer aus militärischen Gründen von der obersten Dienstbehörde angeordneten Auflösung von Dienststellen oder Einheiten oder deren Verlegung außerhalb des Einzugsbereichs des bisherigen ständigen Beschäftigungsortes entlassen werden, wenn sie
2. im Zeitpunkt der Entlassung
  - a) seit mindestens einem Jahr vollbeschäftigt sind,
  - b) mindestens fünf Beschäftigungsjahre im Sinne des § 8 TV AL II oder des TV B II nachweisen können und das 40. Lebensjahr vollendet haben,
  - c) ihren ständigen Wohnsitz in den letzten fünf Jahren im Geltungsbereich des TV AL II oder des TV B II hatten,
  - d) die Voraussetzungen zum Bezug des Altersruhegeldes oder des vorgezogenen Altersruhegeldes aus der gesetzlichen Rentenversicherung nicht erfüllen, und ihnen
3. keine anderweitige zumutbare Verwendung im Geltungsbereich des TV AL II angeboten worden ist. Als zumutbar gilt jede anderweitige Verwendung im Sinne des § 1 Ziffern 3ff. des Kündigungsschutztarifvertrages für die Arbeitnehmer bei den amerikanischen und belgischen Stationierungstreitkräften vom 16. Dezember 1966 – und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der Arbeitnehmer unter den Geltungsbereich des KSch TV fällt.

### Protokollnotiz zu Ziffer 1b

- (1) "Oberste Dienstbehörde" ist die in der Bundesrepublik Deutschland gelegene höchste, für die Beschäftigungsdienststelle des entlassenen Arbeitnehmers verwaltungsmäßig zuständige Dienststelle der Stationierungstreitkraft.
- (2) Die Begriffsbestimmung des bisherigen "ständigen Beschäftigungsortes" richtet sich nach TV AL II Anhang R Ziffer I.2 in Verbindung mit Ziffer I.4b(2).
- (3) Der "Einzugsbereich" erfasst alle Gemeinden, deren kürzeste Verkehrsverbindung zum bisherigen ständigen Beschäftigungsort (Ortsmitte zu Ortsmitte) nicht mehr als 60 km beträgt. Die Vorschriften des TV AL II Anhang R Ziffer I.4c(1) sind sinngemäß anzuwenden.

### Protokollnotiz zu Ziffer 2a

"Vollbeschäftigt" sind Arbeitnehmer, deren arbeitsvertragliche wöchentliche regelmäßige Arbeitszeit mehr als 21 Stunden beträgt.

### Protokollnotiz zu Ziffer 2b und c

Bei den Angehörigen der Zivilen Dienstgruppen der US-Stationierungstreitkräfte, die vorübergehend in Frankreich beschäftigt waren (1. November 1950 bis 31. März 1967), ist diese Zeit wie eine mit ständigem Wohnsitz im Geltungsbereich des TV AL II zurückgelegte Beschäftigungszeit zu behandeln.

**Protokollnotiz zu Ziffer 2d**

Dem Altersruhegeld oder dem vorgezogenen Altersruhegeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung sind bei den von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreiten Arbeitnehmern die Leistungen

- a) aus einer Lebensversicherung
- b) aus einer öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung einer Berufsgruppe gleichgestellt.

### § 3 Eingliederung

1. Der entlassene Arbeitnehmer soll möglichst sofort in den Arbeitsprozess wieder eingegliedert werden.
2. Der Arbeitnehmer hat sich nach der Kündigung beim Arbeitsamt arbeitsuchend und nach der Entlassung arbeitslos zu melden. Er hat, soweit zur Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess erforderlich, an beruflichen Bildungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz (§§ 33ff. AFG: Berufliche Fortbildung und Umschulung) teilzunehmen.
3. Die Bundesregierung wird bemüht sein, für die bevorzugte Einstellung entlassener deutscher Arbeitnehmer in den Bundesdienst Sorge zu tragen. Das gilt auch für Arbeitnehmer, die am Tage ihrer Entlassung das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die Bundesregierung wird außerdem darauf hinwirken, dass deutsche Arbeitnehmer im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten von anderen Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes bevorzugt berücksichtigt werden.

### § 4 Überbrückungsbeihilfe

1. Überbrückungsbeihilfe wird gezahlt:
  - a) zum Arbeitsentgelt aus anderweitiger Beschäftigung außerhalb des Bereichs der Stationierungstreitkräfte,
  - b) zu den Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit aus Anlass von Arbeitslosigkeit oder beruflichen Bildungsmaßnahmen (Arbeitslosengeld/-hilfe, Unterhaltsgeld),
  - c) zum Krankengeld der gesetzlichen Krankenversicherung bei Arbeitsunfähigkeit infolge Erkrankung oder zum Verletztengeld der gesetzlichen Unfallversicherung bei Arbeitsunfähigkeit infolge Arbeitsunfall.
2. a) (1) Die Überbrückungsbeihilfe zu den Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit (Ziffer 1b) wird in den Fällen des § 44 Absatz 4, der §§ 115, 121, 123, 126, 233 Absatz 2 AFG nach dem ungekürzten Arbeitslosen- bzw. Unterhaltsgeld berechnet; entsprechendes gilt für die Arbeitslosenhilfe.
 

(2) Für Zeiten der Arbeitslosigkeit, in denen der Arbeitnehmer die Anspruchsvoraussetzungen auf Arbeitslosenhilfe nur deshalb nicht erfüllt, weil er im Sinne des § 134 Absatz 1 Nr. 3 AFG nicht bedürftig ist, wird die zuvor zum Arbeitslosengeld gezahlte Überbrückungsbeihilfe innerhalb des Anspruchszeitraumes nach Ziffer 5 insgesamt bis zur Dauer von 52 Wochen – längstens jedoch bis zum Ablauf des Anspruchszeitraumes – weitergezahlt.
- c) Für Zeiten der Arbeitsunfähigkeit infolge Erkrankung oder Arbeitsunfall (Ziffer 1c) wird die Überbrückungsbeihilfe zum Krankengeld oder Verletztengeld innerhalb eines Kalenderjahres insgesamt bis zur Dauer von 12 Wochen gezahlt – längstens jedoch bis zum Ablauf des Anspruchszeitraumes gemäß Ziffer 5.
3. a) (1) Bemessungsgrundlage der Überbrückungsbeihilfe zum Arbeitsentgelt aus anderweitiger Beschäftigung (Ziffer 1a) ist die tarifvertragliche Grundvergütung nach § 16 Ziffer 1a TV AL II, die dem Arbeitnehmer aufgrund seiner arbeitsvertraglichen regelmäßigen Arbeitszeit im Zeitpunkt der Entlassung für einen vollen Kalendermonat zustand (Umrechnungsformel: wöchentliche regelmäßige Arbeitszeit X 13 : 3).
 

Für Arbeitnehmer, deren arbeitsvertragliche regelmäßige Arbeitszeit in den letzten 6 Monaten vor der Entlassung unterschiedlich festgesetzt war, gilt als „arbeitsvertragliche regelmäßige Arbeitszeit im Zeitpunkt der Entlassung“ der rechnerische Durchschnitt der letzten 26 Beschäftigungswochen.

(2) In den dem Jahr der Entlassung folgenden Kalenderjahren ist die Bemessungsgrundlage jeweils um den v.H.-Satz zu erhöhen, um den die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung infolge Veränderung der allgemeinen Bemessungsgrundlage (§ 1255 Absatz 2, § 1272 RVO) durch Gesetz angepasst werden.

- b) Bemessungsgrundlage der Überbrückungsbeihilfe zu den Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit (Ziffer 1b) und der gesetzlichen Kranken- oder Unfallversicherung (Ziffer 1c) ist die um die gesetzlichen Lohnabzüge verminderte Bemessungsgrundlage nach vorstehendem Absatz a). Bei der fiktiven Berechnung der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge ist von den für den Arbeitnehmer zum Zeitpunkt der Zahlung der Überbrückungsbeihilfe maßgeblichen Steuer- und Versicherungsmerkmalen – jedoch ohne Berücksichtigung von auf der Steuerkarte aufgetragenen Freibeträgen – auszugehen.
4. Die Überbrückungsbeihilfe beträgt:
- |   |          |
|---|----------|
| im 1. Jahr nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses | 100 v.H. |
| vom 2. Jahr an  | 90 v.H.  |
- des Unterschiedsbetrages zwischen der Bemessungsgrundlage (Ziffer 3a oder b) und den Leistungen gemäß vorstehenden Ziffern 1 und 2.

Wird die Überbrückungsbeihilfe zu den Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit oder der gesetzlichen Kranken- oder Unfallversicherung gezahlt, so ist sie um den zur Deckung der Lohnsteuer erforderlichen Betrag aufzustocken.

5. a) Arbeitnehmer, die am Tage ihrer Entlassung 20 Beschäftigungsjahre (§ 8 TV AL II oder TV B II) und das 55. Lebensjahr, oder 25 Beschäftigungsjahre (§ 8 TV AL II oder TV B II) und das 50. Lebensjahr vollendet haben, erhalten Überbrückungsbeihilfe nach Maßgabe der Ziffern 1 bis 4 ohne zeitliche Begrenzung.
- b) Arbeitnehmer, die nicht unter Absatz a) fallen, erhalten Überbrückungsbeihilfe nach Maßgabe der Ziffern 1 bis 4 bei einer am Tage ihrer Entlassung

Nachzuweisenden Beschäftigungszeit (§ 8 TV AL II oder TV B II) von mindestens	und einem vollendeten Lebensalter von	bis zum Ablauf von
10 Jahren	40 Jahren	2 Jahren
10 Jahren	45 Jahren	3 Jahren
10 Jahren	50 Jahren	4 Jahren
15 Jahren	40 Jahren	3 Jahren
15 Jahren	45 Jahren	4 Jahren
15 Jahren	50 Jahren	5 Jahren

nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

#### **Protokollnotiz zu Ziffer 1a**

Eine "anderweitige Beschäftigung" liegt nur vor, wenn die arbeitsvertragliche wöchentliche regelmäßige Arbeitszeit mehr als 21 Stunden beträgt.

### **§ 5 Anrechnung von anderen Leistungen**

Andere Leistungen als nach § 4 Ziffer 1, auf die der Arbeitnehmer für Zeiten des Bezuges der Überbrückungsbeihilfe Anspruch hat,

- a) gegen den bisherigen oder einen neuen Arbeitgeber,
- b) gegen einen Sozialversicherungs- oder Sozialleistungsträger,
- c) aus sonstigen öffentlichen Mitteln,

sind auf die Überbrückungsbeihilfe anzurechnen. Ausgenommen sind das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz sowie Leistungen eines Sozialleistungsträgers und sonstige Leistungen aus öffentlichen Mitteln, die vom Einkommen des Berechtigten beeinflusst werden.

Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, die ihm zustehenden Leistungen Dritter geltend zu machen. Er hat die Überbrückungsbeihilfe zahlende Behörde von der Antragstellung und den hierzu ergangenen Entscheidungen sowie von allen ihm gewährten Leistungen unverzüglich zu unterrichten.

**§ 6**  
**Zuschuss zum Beitrag der als Einzelversicherung  
 fortgesetzten Zusatzversicherung**

Arbeitnehmer, die ihre Zusatzversicherung gemäß § 39 TV AL II/TV AL II (Frz) als Einzelversicherung fortsetzen, erhalten vom 2. Jahr der Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses an – zusätzlich zur Überbrückungsbeihilfe – einen Zuschuss zu dem von ihnen zu entrichtenden Versicherungsbeitrag. Der Zuschuss beträgt 10 v.H. der im Beitragszeitraum zur Auszahlung kommenden Überbrückungsbeihilfe, jedoch nicht mehr als 100 v.H. des Versicherungsbeitrags.

**§ 7**  
**Antragstellung und Zahlung**

1. Überbrückungsbeihilfe (§ 4) und Beitragszuschuss zu der als Einzelversicherung fortgesetzten Zusatzversicherung (§ 6) werden nur auf Antrag gewährt.
2. Der Antrag ist unverzüglich an das für die Entlohnung des Arbeitnehmers vor seiner Entlassung zuständige Amt für Verteidigungslasten zu richten, das die hierfür vorgesehenen Formblätter bereit hält.
3. a) Die Überbrückungsbeihilfe wird zum Ende eines Monats für den vorherigen Monat gezahlt. Der Arbeitnehmer hat dem zahlenden Amt für Verteidigungslasten bis zum 10. des Monats einen Nachweis (Formblatt) über das anrechenbare Einkommen aus dem Vormonat (§ 4 Ziffer 1, § 5) vorzulegen.  
 b) Der Beitragszuschuss zu der als Einzelversicherung fortgesetzten Zusatzversicherung wird nach Vorlage der Beitragsabrechnung für den jeweiligen Beitragszeitraum mit der Überbrückungsbeihilfe ausgezahlt.

**§ 8**  
**Ausschluss der Zahlung und Rückforderung überzahlter  
 Überbrückungsbeihilfen und Beitragszuschüsse**

1. Überbrückungsbeihilfe und Beitragszuschuss werden nicht gezahlt für Zeiten,
  - a) die mehr als drei Monate vor dem Tag liegen, an dem der Antrag bei dem zuständigen Amt für Verteidigungslasten eingegangen ist,
  - b) im Anschluss an eine fristlose Kündigung des neuen Arbeitsverhältnisses seitens des Arbeitgebers,
  - c) nach Ablauf des Monats, in dem der Arbeitnehmer die Voraussetzungen zum Bezug des vorgezogenen Altersruhegeldes oder der Erwerbsunfähigkeitsrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt (siehe hierzu Protokollnotiz zu § 2 Ziffer 2d),
  - d) nach Ablauf des Monats, in dem der Arbeitnehmer sein 65. Lebensjahr vollendet.
2. Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, der zahlenden Behörde
  - a) die zur Feststellung der Anspruchsberechtigung (§ 2) und die zur Berechnung der Leistungen (§§ 4, 6) benötigten Unterlagen innerhalb einer Frist von 3 Monaten vorzulegen, und
  - b) jede Änderung der dem Leistungsanspruch zugrunde liegenden Tatbestände unverzüglich mitzuteilen.
3. Kommt der Arbeitnehmer seinen Verpflichtungen nach vorstehender Ziffer 2a trotz schriftlicher Aufforderung nicht nach, so stehen ihm Leistungen nach diesem Tarifvertrag für die Zeiten nicht zu, für die er seine Nachweispflicht nicht innerhalb der Dreimonatsfrist erfüllt.
4. Überbrückungsbeihilfe und Beitragszuschüsse, die aufgrund von vorsätzlich oder grobfahrlässig unrichtigen, unvollständigen oder unterlassenen Angaben des Antragsberechtigten gezahlt worden sind, hat der zu Unrecht Begünstigte in voller Höhe zurückzuzahlen. Die Rückzahlungspflicht wird nicht dadurch ausgeschlossen, dass der Empfänger nicht mehr bereichert ist.

**§ 9**  
**Inkraftsetzung**

Der Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 15. April 1971 in Kraft.

Bonn, den 31. August 1971